Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 30.00 Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 31.50 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 2.50 M. berechnet; auswärts 3.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 4.— Mk. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 50 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 109. Dienstag, den 19. September 1922. 15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 19. September 1922.

— **Aenderung der Gebühren im Paket- usw. Verkehr nach dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Telegramm- und Zeitungsverkehr ist mit Wirkung vom 16. September an auf 300 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden gleichsfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben werden.

X **Neubauten.** Bei der am 10. September gemachten Notiz ist folgendes zu berichtigen. Der Entwurf zu dem Salzmannschen Landhaus im Giersgrund stammt von Herrn Architekt Th. Fenner. Der Bau ist auch in der Ausführung von Herrn Fenner begonnen. Nachdem das Mauerwerk im wesentlichen bis zum Dachwerk hochgeführt war, ging Unzuträglichkeiten mit dem Bauherrn halber — am 15. November 1922 — die Bauleitung an die Herren Gebrüder Langenberg in Cassel über.

+ **Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner.** Der Reichsarbeitsminister hat mit Zustimmung des Reichsrats mit Wirkung vom 1. September die Teuerungszuschüsse für Militärrentner wesentlich erhöht. Sie betragen nunmehr monatlich für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 1000 Mark, um mehr als 80 v. H. 1200 Mark, für eine Witwe 800 Mark, für eine vaterlose Waise 400 Mark, für eine elternlose Waise 400 Mark, für einen Elternteil 700 Mark und für ein Elternpaar 1000 Mark, für Empfänger eines Uebergangsgeldes oder eines Hausgeldes und für Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe 800 Mark. Schwerbeschädigte, die nur auf Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande sind, erhalten 1600 Mark, eine Witwe unter den gleichen Voraussetzungen 1200 Mark. Für Kinder von Schwerbeschädigten und Hausgeldempfängern wird ein Zuschuß von 350 Mark gewährt. Durch die Erhöhung der Teuerungszuschüsse werden auch die Einkommensgrenzen, die für die Bemessung der Teuerungszuschüsse maßgebend sind, entsprechend erhöht, sodaß ein größerer Personenkreis als bisher zum Bezug eines Teuerungszuschusses berechtigt ist.

§ **Der Ankauf von Gold für das Reich** durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 18. bis 24. September unverändert zum Preise von 5000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 2500 für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 100fachen Betrage des Nennwertes.

— **Konsumverein.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Man geht hier ernstlich mit dem Plan um, einen Konsumverein zu gründen; derselbe soll sich eng an den Melsunger Konsumverein anschließen und als dessen Filiale zu betrachten sein. Zur Zeit zirkuliert eine Liste zwecks Eintrags als Mitglied. 300 Mitglieder sind schon geworben, sodaß die Gründung wohl vollzogen wird. Es ist ein Akt der Selbsthilfe der Beteiligten. Es ist Tatsache, daß in Melsungen die Waren bedeutend billiger gekauft werden als in Spangenberg. Wie man hört, wird hier demnächst auch eine Einkaufsgenossenschaft für Manufakturwaren gegründet werden.

Harleshausen. Hier wurde eine aufsehenerregende Verhaftung vorgenommen. Der hiesige Einwohner D. hatte sich in abscheulicher Weise an einem elfjährigen Schulmädchen vergangen. Das mißhandelte Mädchen wurde in ein Casseler Krankenhaus gebracht.

Hephata b. Treysa. Von den im Jahre 1920 in der Anstalt verpflegten schwachsinnigen und verkrüppelten Kindern stammten aus dem Kreise Cassel (Stadt und Land) 131, Eschwege 30, Frankenberg 5, Fritzlar 10, Fulda 1, Gelnhausen 9, Gersfeld 1, Hanau (Stadt und Land) 30, Hersfeld 16, Hofgeismar 12, Homberg 10, Hünfeld 1, Kirchhain 3, Marburg 29, Melsungen 14, Rinteln 16, Rotenburg 10, Schlüchtern 5, Schmalkalden 14, Witzenhausen 12, Wolfhagen 8, Ziegenhain 8 Kinder. Die anderen kamen von auswärts. Im ganzen hatte Hephata im Jahre 1920 für 1860 Menschen zu sorgen.

Ein Wort zu unserer Straßenbeleuchtung.

Daß gespart werden muß, ist selbstverständlich! Aber die Beleuchtungszustände, die jetzt bestehen, müssen anders werden. Als vor einigen Wochen der Vollmond sein Licht leuchten ließ, brannten in Spangenberg die Straßenlampen — wahrscheinlich, um den Mond heimzuleuchten!? Jetzt, da die Himmelslaterne andere Weltteile mit ihrem Scheine beglückt, liegt die Stadt im Dunkeln. „Den sichern Bürger schrecket nicht die Nacht", wenn er daheim beim Scheine seiner Lampe die Spangenberger Zeitung liest; aber wehe dem, der einen Gang durch die Stadt zu tun hat. Den verehrlichen Mitgliedern der Lichtkommission empfehle ich, — vorausgesetzt, daß sie in der Lebensversicherung sind — sich mal an einem verkehrsreichen Abend an den Bahnhofsweg zu begeben. Am letzten Sonntag suchten etwa 250 bis 300 Fremde den Weg zum Bahnhof. Wie? — darüber schweigt des Sängers Höflichkeit! — Daß kein Unfall geschehen ist, ist ein Wunder! Ist man sich denn nicht bewußt, daß die Stadt bei Unglücksfällen haftpflichtig ist!? — — Darum: Mehr Licht! mehr Licht!

Wollen Sie bauen?

Dann benutzen Sie die seit langem bewährte AMBI-Massivbauweise. AMBI-Steine (D. R. P. und Weltpatente) können von jedermann in einfachster Weise auch unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand, Koks-Schlacke, usw.) durch Stampfen in den AMBI-Formen hergestellt werden. AMBI-Formen werden auch verliehen. Große Ersparnisse an Transportkosten, Lohn und Zeit. „AMBI-Massiv" ist die beste Siedlungsbauweise und erhielt im Wettbewerb des Deutschen Zement-Bundes (Herbst 1921) unter 54 Bewerbern den **ersten** Preis. Fordern Sie Druckschriften M der AMBI-Werke Abt. II/J. 52 Berlin SW 68, Kochstr. 18.

Landwirtschaftl. Ausstellung zum Oktoberfest München
(23. 9. bis 1. 10. 1922)
Platz A, Stand Nr. 7, AMBI-Zelt.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

— „Nun . . . die der Gräfin Juliane gestohlenen Spitzen sind allerdings die echten!"

„Was?" rief der Präsident in wahrer Bestürzung aus, und seine Züge versteinerten sich. Alles Blut war ihm aus dem Antlitz entwichen.

„Also wirklich?" fuhr der Fürst mit Erbitterung fort. „Erreichen diese Buben wirklich ihren Zweck! Soll wirklich jeder hergelaufene Lump eine Familie zu Schrecken versetzen, in Verzweiflung bringen können? Ich bitte dringend, Herr Graf, daß Sie mich ruhig anhören! Ich kannte die merkwürdige Schwärmerei der Frau Gräfin für Spitzen und habe ihr, wie Sie ja wissen, die echte Lamoralspitze zur Vergleichung mit ihrer nachgeahmten zur Verfügung gestellt. Als mir die Gräfin mein Eigentum zurückgeben wollte, als ich sah, wie schwer sie sich davon trennte, und mir überlegte, wie gleichgültig es sei, ob in dem Glaskasten der Kypfsteiner Sammlung einige Zeit die eine oder die andere liege, bat ich die Frau Gräfin, die echte einstweilen zu behalten und mir die Nachahmung zu geben. Es war absolut kein Geschenk, es war ein Darlehen. Nur unter der bestimmten Verpflichtung meinerseits, daß ich die Spitze wieder fordern würde, konnte ich die Frau Gräfin dazu bewegen, mein Anerbieten anzunehmen. Ehe dieser Austausch aber stattfinden konnte, wurde der Schrank erbrochen, die Spitze gestohlen . . . Diese harmlose Heimlichkeit wird nun zu den schändlichsten Verdächtigungen mißbraucht! Es tut mir leid, daß die Verleumdung auch auf Sie Eindruck gemacht zu haben scheint!"

„Ich will Ihnen gern glauben," sagte der Präsident hastig. „Denn es wäre furchtbar, wenn nicht die einfache Wahrheit, sondern etwas Anderes, durch die Mitschuldigkeit Erzwungenes hier gesagt würde! — ich will nicht zweifeln! Aber ich bin in einer seltsam peinlichen Lage! Die Niedertracht und Verleumdung hat sich der Sache bemächtigt. Und Sie kennen deren verderbnisvolle Macht so gut wie ich! Man wird sich bei diesem ersten Bubenstreiche nicht beruhigen. Sie haben's ja gelesen: es werden Fortsetzungen angekündigt! Darauf kann ich es nicht ankommen lassen! Und auch Sie, mein Fürst, haben nicht mehr das Recht, die Sache mit Stillschweigen abzutun! Wir haben beide einen Namen, beide eine Stellung vor Besudelung zu wahren!"

„Gerade unser Name und unsere Stellung verpflichten uns, diese Unsauberkeiten nicht anzurühren. Mit dem „Rechtsstaat" können wir nicht polemisieren, von einem Saza können wir keine Genugtuung fordern. Es ist ein Unglück, wenn man von dieser Meute angefallen wird, aber es ist keine Beleidigung!"

„Das ist, verzeihen Sie mir, mein Fürst, nicht meine Auffassung! Beleidigung bleibt Beleidigung. Die Mittel, sie abzuwehren, sind freilich verschiedene. Ich begreife den Standpunkt, den Sie einnehmen, aber es ist nicht der meinige, und ich werde meine Wege gehen!"

Der Graf hatte sich erhoben. Die Bestimmtheit seiner Erklärung ließ den Fürsten erkennen, daß jeder Versuch, den Willen des greisen Mannes zu beugen, durchaus aussichtslos war. Er erwiderte den Abschiedsgruß des Präsidenten mit einer tiefen stummen Verbeugung.

Alix spielte noch immer mit dem Jungen. Ulrich trat an die geliebten Wesen heran. Es war ihm recht schwer ums Herz. . . .

XXII.

Am Sonnabend, 22. September 1883, herrschte in der Berliner Gesellschaft eine ganz merkwürdige Aufregung; und der in einem verachteten Schandblatt erschienene Aufsatz war es, der diese ungewöhnliche Bewegung hervorgerufen hatte. Die Zeitungsverkäufer wurden mit Gesuchen um die betreffende Nummer förmlich bestürmt, man zahlte dafür das Zehnfache, ja das Zwanzigfache des wirklichen Betrages. Dieser alle Erwartungen übersteigende Erfolg des Aufsatzes veranlaßte denn auch den wohlgefällig schmunzelnden Besitzer des „Rechtsstaat", in der Mittagsstunde die Form noch einmal einheben zu lassen und eine neue Ausgabe von zehntausend Exemplaren zu veranstalten. Er war selbst in der Expedition und strich lächelnd seinen starken schwarzen Schnurrbart, als er sah, wie sich die Verkäufer drängten und puften, um möglichst schnell in den Besitz der noch feuchten Blätter zu gelangen, auf die die Käufer mit einem wahren Heißhunger warteten.

Der Aufsatz lautete so:

„Se. Durchlaucht der Spitzenfürst.

Unser letzter Aufsatz über die ergötzliche Verwandlung nachgemachter Spitzen in echte hat seine Wirkung getan.

Diejenigen, die wir haben treffen wollen, haben sich in der Tat getroffen gefühlt.

Nachdem ich nun selbst mit meinem Namen hervortrete, liegt für mich keine Veranlassung mehr vor, mit den Namen derer, die in dieser Komödie der Irrungen die Hauptrollen spielen, hinter dem Berge zu halten.

Wir wollen nun also so deutlich sein, wie es gewünscht wird.

Se. Exzellenz der Wirkl. Geheimrat und Präsident Graf Albrecht von Iseneck hat vor mehreren Jahren seiner sehr viel jüngeren Frau, Gräfin Juliane geborenen Gräfin Witing, die kunstvolle Nachbildung einer berühmten alten Spitze zum Geschenk gemacht.

Die junge Gräfin scheint sich für dieses schöne Geschenk indessen nicht dankbar genug gezeigt zu haben. Jedenfalls hat sie die ziemlich häufige Abwesenheit ihres Gemahls dazu benutzt, um zu ungewohnten Stunden einen jüngeren interessanten Hausfreund zu empfangen, nachdem sie zuvor regelmäßig ihre Kammerzofe aus der störenden Nachbarschaft zu entfernen gewußt hatte.

Dieser Hausfreund war Se. Durchlaucht Fürst Ulrich von Engernheim, Herr auf Biesingen und Kypfstein, zur Zeit Botschaftsrat in St. Petersburg.

Se. Durchlaucht hat sich nun für die mannigfachen Freundlichkeiten, die er von der Frau Gräfin empfangen, dadurch erkenntlich zu zeigen gesucht, daß er die nachgemachten Spitzen, die sie von ihrem Gemahl erhalten hatte, mit den in seinem Besitze befindlichen echten Spitzen vertauscht hat.

(Fortsetzung folgt.)

Chronik des Tages.

— Der Reichsbankpräsident Havenstein ist aus London wieder in Berlin eingetroffen.

— Die oberschlesischen Bergarbeiter haben sich bereit erklärt, Ueberschichten zu verfahren.

— Der Reichseisenbahnrat hat der Erhöhung der Güter- und Personentarife zugestimmt.

— Bei den Braunschweiger Stadtratswahlen haben die bürgerlichen Parteien 4 Sitze statt bisher 2 erhalten.

— Das Ersuchen der englischen Regierung um Waffenhilfe bei der Verteidigung der Dardanellen fand Zustimmung bei Australien und Neuseeland, während Kanada und Südafrika sich ablehnend zu verhalten scheinen.

— Der Getreideumlageausschuß des Reichstages hat eine erhebliche Heraufsetzung der Preise für das erste Drittel der Getreideumlage beschlossen.

— In Augsburg wurde am Sonntag der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei eröffnet.

Arbeitsstreckung statt Entlassung.

Der verhängnisvolle Sturz der Mark seit Ende Juni beginnt sich jetzt erst voll auszuwirken. Die Teuerung hat derartige Formen angenommen, daß jeder einzelne nur mit großer Besorgnis den kommenden Wintermonaten entgegensehen kann. Zu der großen Teuerungsnot kommt noch die ernste Gefahr von Betriebseinschränkungen, zu denen sich die weitaus größte Zahl der Industriebetriebe und auch der kleineren Unternehmungen infolge der Erschwerungen in bezug ausländischer Rohstoffe gezwungen sieht. In vielen Gewerbszweigen, wir erinnern nur an das Zeitungsgewerbe, ist es bereits zu zahlreichen Betriebseinstellungen gekommen, wodurch eine Unmenge von Angestellten und Arbeitern Brot und Verdienst verloren hat.

Um der Gefahr einer weiteren Verminderung der industriellen Tätigkeit zu begegnen und um das Heer der Arbeitslosen nicht weiter anschwellen zu lassen, macht die Regierung die Arbeitgeber auf die Möglichkeit der Einführung der sogenannten „Kurzarbeit" aufmerksam. Der Reichsarbeitsminister weist in einem Erlaß darauf hin, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind. Nach § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 218) dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebs keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter vierundzwanzig Stunden herabgesetzt zu werden. Gegebenenfalls kann der Arbeitgeber Lohn oder Gehalt der verkürzt arbeitenden Arbeitnehmer entsprechend herabsetzen, jedoch erst von dem Zeitpunkt an, an welchem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer hätte erfolgen können, wenn die Arbeitsstreckung nicht Platz gegriffen hätte. Die Vorschriften über Arbeitsstreckung gelten nicht bei Entlassung von Arbeitnehmern, die nur zu vorübergehender Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen worden sind. Soweit Entlassungen erfolgen müssen, sind nach § 13 der genannten Verordnung für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse maßgebend, sodann Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers. Besonderer Schutz ist für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und so weiter vorgesehen. Für Streitigkeiten, die aus der Anwendung dieser Bestimmungen entstehen, sind die Schlichtungsausschüsse zuständig.

Die Kriegsgefahr im Osten

England organisiert die Verteidigung der Meerengen.

Die Lage im Nahen Osten spitzt sich von Tag zu Tag mehr zu, so daß die Gefahr eines englisch-türkischen Krieges in bedrohliche Nähe gerückt ist. Beide Parteien verharren hartnäckig auf ihren Forderungen. Kemal Pascha fordert die bedingungslose Rückgabe Konstantinopels und Thraziens an die Türken; England dagegen will Konstantinopel nur dann an die Türken zurückgeben, wenn der Friede gesichert ist, d. h. wenn die Türken auf Thrazien verzichten und die Neutralität der Meerengen anerkennen. Da Kemal Pascha seinen Anspruch auf Thrazien nicht aufgibt und seine Armee den Vormarsch auf Konstantinopel mit großer Eile fortsetzt, trifft England alle Vorbereitungen für eine erfolgreiche Verteidigung der Meerengen.

Die britische Regierung beabsichtigt, sofort und wenn nötig, in ausgedehntem Maße die dem General Harrington, dem Alliierten-Oberbefehlshaber in Konstantinopel, zur Verfügung stehenden Truppen zu verstärken, während außerdem dem britischen Mittelmeergeschwader der Befehl erteilt worden ist, mit allen Mitteln einer Verletzung der neutralen Zonen durch die Türken oder einem Versuch derselben, auf die europäische Küste überzusetzen, Widerstand zu leisten.

Ferner hat die Londoner Regierung die englischen Dominions, und zwar besonders Australien, aufgefordert, England bei der Verteidigung der Meerengen und Konstantinopels gegen einen türkischen Angriff zu unterstützen. Die australische Regierung hat sich schon bereit erklärt, Truppen zum Nahen Osten zu entsenden. Die englische Regierung hat außerdem Griechenland, Jugoslawien und Rumänien aufgefordert, eine Verteidigung der Meerengen einzuleiten und vor allen Dingen zu helfen, die neutrale Zone frei von kemalistischen Truppen zu halten.

Ankündigung neuer Verstärkungen.

In einer Rede in Newcastle erklärte der britische Staatssekretär des Innern, Shortt, Großbritannien, Frankreich und Italien seien entschlossen, die Freiheit der Dardanellen und des Bosporus zu schützen. Es sei so gut wie sicher, daß mehr Truppen nach dem Orient geschickt werden müßten, aber wieviel Truppen auch nötig seien, um Mustapha Kemal Pascha zu hindern, nach Europa zu kommen sie wurden zur Stelle sein. Wenn England eine Schlappe erlitte, so würde dies das Schlimmste sein, was seiner Herrschaft im Orient widerfahren könnte. England müsse verhüten, daß seine Autorität in Indien und Aegypten Schaden erleide.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Die Gütertarife „nur" um 10 Prozent erhöht.

Als Ergebnis der Verhandlungen im Ausschusse des Reichseisenbahnrates hat das Reichsverkehrsministerium die folgenden Tariferhöhungen festgesetzt: Die Gütertarife werden zum 1. Oktober um 100 Prozent (unter Einrechnung der bereits vorgesehenen 33⅓ Prozent), die Personentarife über die am 1. Oktober in Kraft tretende Erhöhung von 50 Prozent hinaus zum 1. November um 100 Prozent der Oktobertarife erhöht.

Der Reichsverkehrsminister hat demnach den vom Ausschuß gemachten Bedenken gegen die ursprüngliche Vorlage des Reichsverkehrsministeriums Rechnung getragen und einer geringeren Erhöhung der Gütertarife zugestimmt. Bei den Personentarifen dagegen hat die Reichsverkehrsverwaltung im Einverständnis mit dem Ausschuß die ab 1. Oktober um 50 Prozent gesteigerten Sätze zum 1. November nochmals um 100 Prozent erhöht, die heutigen Sätze also verdreifacht. Der Reichsverkehrsminister hat jedoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch die neuen Sätze zur Deckung der Ausgaben im Monat Oktober keinesfalls ausreichen werden. Es wird deshalb **in kürzester Zeit eine Erhöhung der jetzt festgelegten Sätze** erforderlich werden.

Die neuen Postgebühren.

Gültig ab 1. Oktober 1922.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. Oktober 1922 an im Post-, Postscheck- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands (einschließlich Saargebiet, Danzig und Memelgebiet, Luxemburg und Oesterreich) gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 1,50 M., im Fernverkehr 3 Mark.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 2 M., über 20 bis 100 Gramm 4 M., über 100 bis 250 Gr. 6 M.; im Fernverkehr bis 20 Gr. 6 M., über 20 bis 100 Gr. 8 M., über 100 bis 250 Gr. 10 M.

Drucksachen bis 20 Gr. 1 M., über 20 bis 50 Gr. 1,50 M., über 50 bis 100 Gr. 3 M., über 100 bis 250 Gramm 6 M., über 250 bis 500 Gr. 8 M., über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 10 M.

Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 1 M.

Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gr. 6 M., über 250 bis 500 Gr. 8 M., über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 10 M.; **Warenproben** bis 250 Gr. 6 M., über 250 bis 500 Gr. 8 M.

Päckchen bis 1 Kilogr. 12 M.

Pakete bis 5 Kilogr. Nahzone 30 M., Fernzone 80 Mark über 5 bis 7½ Kilogr. 40 bezw. 120 M., über 7½ bis 10 Kilogr. 60 bezw. 160 M., über 10 bis 15 Kilogr. 100 bezw. 280 M., über 15 bis 20 Kilogr. 140 bezw. 360 M. **Zeitungspakete** bis 5 Kilogr. (Nahzone) 15 Mark.

Wertsendungen (Briefe und Pakete) je 1000 M. Wert 3 M., bei einer Sendung mindestens 5 M.

Postanweisungen bis 100 M. 6 M., über 100 bis 500 Mark 10 M., über 500 bis 1000 M. 12 M., über 1000 bis 2000 M. 16 M., über 2000 bis 5000 M. 20 M. (Meistbetrag ist von 2000 auf 5000 M. erhöht).

Einschreibegebühr 4 M., **Eilbestellgebühr** für Briefe (Pakete) im Ortsbestellbezirk 6 M. (12 M.), im Landbestellbezirk 18 M. (24 M.).

Telegrammgebühren (mindestens 10 Worte) je Wort 6 Mark (im Ortsverkehr je Wort 3 M.).

Die **Auslandsgebühren** betragen vom 1. Oktober 1922 ab: Für Postkarten 12 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 9 M.; für Briefe bis 20 Gr. 20 M., jede weiteren 20 Gr. 10 M. (Meistgewicht 2 Kilogr.), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr. 15 M., jede weiteren 20 Gr. 10 M.; für Drucksachen für je 50 Gr. 4 M.

Politische Rundschau

— Berlin, 19. September 1922.

— Der engere Vorstand des Reichslandbundes richtet an die Landwirte und Genossenschaften einen Aufruf, in dem er sie auffordert, ungesäumt Kartoffellieferungsverträge in weitestem Umfang abzuschließen.

— Die „Tägliche Rundschau", die seit einigen Wochen als Kopfblatt der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erscheint, wird jetzt völlig mit dem letzgenannten Blatt vereinigt werden.

— Am 24. September hält der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in Breslau eine Sitzung ab, in der Dr. Stresemann über die Reichspolitik, Dr. v. Campe über die Lage in Preußen sprechen werden.

— Die sozialistischen Parteien haben eine gemeinsame Kandidatenliste für die sächsischen Landtagswahlen aufgestellt.

— Das Oberpräsidium in Hannover hat die „Niederdeutsche Zeitung" für die Provinz Hannover auf acht Tage verboten.

•

:: **Die Preiserhöhung für das Umlagegetreide.** Der vom Umlagegesetz zur Festsetzung der Preise für das Umlagegetreide vorgesehene Ausschuß, der aus je fünf Vertretern des Reichstages, des Reichsrates, der Verbraucher und der Landwirte besteht, hat mit 11 gegen 3 Stimmen bei Stimmenthaltung der sozialistischen Mitglieder einen Antrag Schiele (Dnatl.) angenommen, die Umlagepreise entsprechend den Indexziffern für August, September und Oktober festzusetzen, außerdem aber den Ernteausfall des laufenden Wirtschaftsjahres zu berücksichtigen. Seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurden diese Beschlüsse zur Kenntnis genommen und erklärt, daß die erforderlichen Schritte für eine angemessene Erhöhung des Preises für das erste Drittel in die Wege geleitet würden. — Von sozialistischer Seite wird die Festsetzung eines neuen Umlagepreises heftig bekämpft. Der „Vorwärts" erklärt, der Antrag des Ausschusses bedeute eine Vervierfachung des vom Gesetzgeber für das erste Drittel festgesetzten Preises. Das Blatt läßt sich aus Augsburg melden, die Nachricht, eine Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides durchzusetzen, habe bei den Parteitagsdelegierten und beim Parteiausschuß helle Empörung ausgelöst. Man sehe in dem Beschluß des Preisausschusses einen bewußten Verstoß gegen die derzeitige Koalition im Reiche. Der Parteivorstand hat ein Protesttelegramm an den Reichskanzler gesandt wegen der neuerlich beabsichtigten vierfachen Getreideumlage und mitgeteilt, daß die Fraktion die Verantwortung für den Winter nicht mehr übernehmen könne.

:: **Die Stadtratswahlen in Braunschweig.** Bei den allgemeinen Wahlen der unbesoldeten Mitglieder des Stadtrates entfielen auf die Liste der sozialdemokratischen Partei 5583, auf die der Unabhängigen 14 50½, die der Kommunistischen Partei 4823, die wirtschaftliche Einheitsliste 22 006 und die Liste der Deutschdemokratischen Partei 3215 Stimmen. Die vereinigten Bürgerlichen haben 4 Sitze, die Unabhängigen 2 und die Sozialdemokraten 1 Sitz erhalten. Demokraten und Kommunisten sind leer ausgegangen.

:: **Neue deutsch-französische Wirtschaftsabkommen.** Nach dem Abschluß des Wiederaufbau-Vertrages zwischen Stinnes und Lubersac ist dieser Tage auch ein Lieferungsabkommen zwischen der deutschen chemischen Industrie und französischen Industriellen zustande gekommen, an dem der Anilinkonzern hervorragend beteiligt ist. Ferner wurde in Württemberg ein Sachlieferungsabkommen zwischen einer süddeutschen und einer französischen Interessentengruppe getätigt, welches für die süddeutsche Industrie von besonderer Bedeutung sein dürfte. Nachdem es gelungen ist, eine deutsche Großbank für das Abkommen zu interessieren, wurden am 2. September die Verträge von beiden Interessentengruppen unterzeichnet.

:: **Aufenthaltsbeschränkungen für Ausländer in Bayern.** Die bayerische Regierung hat, um den Ausverkauf des Landes hintanzuhalten, die Behörden zu einem scharfen Vollzug der Fremdenverordnungen angewiesen. Der Aufenthalt soll Ausländern nur noch bewilligt werden, wenn sie ein triftiger Grund in das Land führt, nicht mehr für bloße Vergnügungsreisen. Der Aufenthalt in Bayern ist zeitlich und örtlich auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Ausländer, die Gegenstände des täglichen Bedarfs im Uebermaß aufkaufen oder sonst durch ihr Verhalten gegen die Verordnungen verstoßen, sind sofort und unnachsichtlich aus Bayern auszuweisen.

:: **Herabsetzung der Besatzungskosten?** Der englische Kriegsminister Worthington Evans wird sich am Mittwoch nach Köln begeben und dort mit dem Kommandierenden der englischen Besatzungstruppen und dem Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee zusammentreffen. Nach englischen Meldungen wird der englische Kriegsminister im besonderen Auftrage Lloyd Georges mit dem englischen und französischen Oberkommandierenden im besetzten deutschen Gebiet die Frage prüfen, wie in absehbarer Zeit eine Herabsetzung der infolge der Markentwertung immer stärker angeschwollenen und in der Budgetierung unübersichtlich gewordenen Besatzungskosten sich ermöglichen lassen wird.

Die sozialistische Einigung.

Der Parteitag in Augsburg.

In Augsburg haben am Sonntag die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitages begonnen, denen in diesem Jahre angesichts der bevorstehenden Vereinigung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen erhöhte politische Bedeutung zukommt. Die sozialistische Einigung dürfte am Donnerstag von den Sozialdemokraten in Augsburg und von den gleichzeitig in Gera tagenden Unabhängigen einmütig beschlossen werden. Eine gemeinsame Tagung der neuen Vereinigten sozialdemokratischen Partei wird dann am nächsten Sonntag in Nürnberg stattfinden.

Die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten sind zu dem Augsburger Parteitag vollzählig erschienen, dazu viele Gäste aus dem Auslande. Nach der Begrüßung durch den Augsburger Abgeordneten Simon hielt Reichstagsabgeordneter und Parteivorsitzender Hermann Müller die politische Eröffnungsrede. Einen wichtigen Teil seiner Programmrede nahm die Ausführungen über die gegenwärtige Not und Teuerung ein.

Der Sturz der Mark.

„Wir fordern — so erklärte der Redner — daß alle Zwangsmittel des Staates zur Milderung der Not eingesetzt werden. Der Reichstagsausschuß hat am Sonnabend mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien seine Zustimmung dazu gegeben, daß für das erste Drittel des Umlagegetreides der Preis um das Vierfache erhöht wird. (Stürmische Pfui-Rufe.)

Wir haben gegen die Durchführung dieses Beschlusses, dem jede gesetzliche Grundlage fehlt, in einem Telegramm an den Reichskanzler Beschwerde eingelegt und erklärt, daß, wenn das Kabinett dem zustimmen sollte, wir die Verantwortung ablehnen für alles das, was in diesem Winter kommt. (Zustimmung.) Für die Armen und Kinder würde die Durchführung dieses Beschlusses den Hungertod bedeuten. Die Freiheit, die die Kaiptalisten meinen, ist nichts als die Zwangswirtschaft der Kartelle, die das Volk je nach dem Stande des Dollars ausbeuten. (Zustimmung.) Diese „Patrioten" machen ihre Geschäfte nur in Dollars und englischen Pfunden und machen dadurch die deutsche Mark zu einem Papierfetzen. Hier einzugreifen, ist dringendste Pflicht des Staates und höchste Zeit. (Zustimmung.) Gerade diese Ereignisse zeigen uns, daß der Klassenkampf nach wie vor besteht. Wir denken nicht daran, den Klassenkampf aufzugeben."

Der Parteitag wählte sodann zu Vorsitzenden die Abgeordneten Wels-Berlin und Simon-Augsburg. Vorsitzender Wels begrüßte herzlich die zum ersten Male nach dem Kriege auf einem deutschen Parteitag erschienenen englischen Gäste. Es folgten darauf Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten. Mit lebhaftem Beifall wurde folgendes Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten aufgenommen: „Dem Parteitage sende ich herzliche Grüße. Die Einigung ist heute mehr denn je eine Lebensfrage der Arbeiter. Sie ist aber auch ein dringendes stark politisches Gebot. Meine besten Wünsche begleiten Eure Arbeit."

Rundschau im Auslande.

• Die britische Admiralität hat beschlossen, keine alten Kriegsschiffe mehr in Deutschland abbrechen zu lassen. Die

...en letzten Schiffe sind jetzt von Schleppern nach Deutschland abgeschleppt worden.

* Der Privatsekretär Sir Edward Grigg hat Genf verlassen, um nach London zurückzukehren.

*

Frankreich: Die Wiederaufbauverhandlungen mit den deutschen Arbeitern.

* Die deutschen Arbeiterverbände haben die Einladung des Generalsekretärs des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete Doucedame, Bevollmächtigte mit weitgehenden Vollmachten nach Paris zum Abschluß einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu senden, angenommen. Eine Abordnung der deutschen Verbände wird am Dienstag in Paris erwartet. Hier wird eine Sitzung des Aktionskomitees stattfinden, der die deutschen Delegierten beiwohnen werden. In dieser Sitzung sollen wichtige Entscheidungen über die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens, des Abkommens Bemelmans und des zwischen Stinnes und Lubersac abgeschlossenen Abkommens getroffen werden.

Irland: Kämpfe in Westirland.

* Der irische Bürgerkrieg, der mit der Einnahme der Stadt Cork, des Hauptstützpunktes der Anhänger De Valeras, beendigt zu sein schien, ist jetzt im Westen Irlands von neuem aufgeflammt. In Sligo gelang es den Freistaatlern, die Aufständischen aus ihren beinahe uneinnehmbaren Stellungen zu vertreiben. Ein General der Freistaatler wurde getötet, ein anderer verwundet. 13 Aufständische wurden gefangen genommen. Die Rebellen flohen. Ein Panzerwagen deckte ihren Rückzug. Es folgte darauf eine aufregende Jagd, bei der die Aufständischen schwere und die Freistaatler keine Verluste hatten. Im ganzen Westen finden umfangreiche Bewegungen zur Zusammenziehung von Truppen statt. In Ballinasloe wurde das Hauptquartier der Aufständischen mit großen Vorräten an Munition und Nahrungsmitteln eingenommen. In Belfast wurde an einer belebten Straße eine Bombe geworfen, durch die 9 Personen verletzt wurden, eine davon lebensgefährlich.

Kleinasien: Der Millionenschaden in Smyrna.

* Der Gesamtschaden bei dem Großfeuer in Smyrna wird auf 2500 Millionen Franken geschätzt. Mit Ausnahme des türkischen Viertels ist die ganze Stadt zerstört. 300 000 Personen sind obdachlos. Die private amerikanische Hilfsorganisation für den Nahen Osten hat wegen der Aufbringung von 9 Millionen Dollar an die Oeffentlichkeit appelliert. Die Stadt Burla (westl. von Smyrna) soll von türkischen Truppen und Bauern in Brand gesteckt worden sein. Die Häuser seien geplündert und die griechischen Einwohner ermordet worden.

Vereinigte Staaten: Amerika und der Weltfrieden.

* Im Repräsentantenhause wurde eine Entschließung eingebracht, in der Präsident Harding ersucht wird, im Interesse des industriellen Weltfriedens die ihm geeignet erscheinenden Schritte zu tun, um den sozialen und politischen Frieden in Europa wieder herzustellen. Die Entschließung sagt weiter, der Zeitpunkt erscheine als günstig für eine neue Erwägung des Vertrages von Versailles und der Reparationsfrage. Es sei klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht abseits halten dürfe, bis die europäischen Regierungen sie einladen.

Aus Stadt und Land.

** **Wer ist größer?** Nach Mitteilung des Reichsgesundheitsamtes haben Körpermessungen an deutschen Schulkindern ergeben, daß in den jüngeren Lebensjahren die Mädchen durchweg kleiner und leichter sind, als die Knaben, aber vom zehnten Lebensjahre an übertreffen die Mädchen die Knaben an Gewicht, etwa ein halbes Jahr später auch an Länge. Späterhin tritt wieder eine Umkehr dieser Erscheinung ein. Es handelt sich natürlich immer um Durchschnittsergebnisse.

** **Eine Spende für unsere Studenten.** Dem deutschen Roten Kreuz ist die Verwaltung einer Spende von 1 Million Mark übertragen worden, zu der vor allem Governor James H. Cox, Felix Arnold von der „New-Yorker Staatszeitung" und Dr. Hugo Lieber beigetragen haben. Auf Wunsch von Governor Cox sollen diese Gelder besonders zur Unterstützung deutscher Studenten verwandt werden.

** **Schaubudenstreik auf dem Münchener Oktoberfest.** Die Schausteller auf dem Oktoberfest in München sind wegen der vom Münchener Stadtrat beschlossenen Einführung der Vergnügungskartensteuer an Stelle der bisherigen Pauschalabgabe in den Ausstand getreten. Auch die kleineren Unternehmer haben sich dem Proteststreik angeschlossen.

** **Diebstahl im Kolberger Rathaus.** Aus dem Kommissionszimmer im Kolberger Rathaus ist ein unter Glas aufbewahrtes goldenes Kreuz gestohlen worden, das von der Tochter Nettelbecks, Frau Pastor Luise Heidler, der Stadt Kolberg zur Erinnerung an ihren Vater geschenkt wurde. Das Kreuz war am 15. Februar 1822 Nettelbecks Tochter von der Prinzessin Marianne von Hessen-Homburg, Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preußen, Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III., in Anerkennung der Verdienste Nettelbecks geschenkt worden.

** **Schreckenstat einer Mutter.** In Alvensleben geriet die Frau des Steinhauers Karl über die Teuerung so in Verzweiflung, daß sie in einer Nervenstörung ihrem siebenjährigen Sohn mit einem Beil den Schädel spaltete und sich darauf im Dorfteich ertränkte.

** **Die Schreckenstat eines Verzweifelten.** In einer Ortschaft in der Nähe von Charlottenbrunn war ein Vizefeldwebel des Reichsheeres mit seiner Frau bei seinem Bruder zu Besuch. Kurz vor der Abreise des Vizefeldwebels sollte seine Verhaftung wegen Urlaubsüberschreitung erfolgen. In der Erregung griff der Vizefeldwebel zum Revolver, schoß seine Frau nieder und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Er war sofort tot, seine Frau wurde mit zerschmettertem Unterkiefer in das Krankenhaus gebracht, wo sie ebenfalls starb.

** **Für 1 Million Mark Opium gestohlen.** Für 1 Million Mark Opium wurde im Hamburger Freihafen von einem Speicherboden gestohlen. Es handelt sich um eine Menge von 200 Kilogramm Opium, die der Orientbank gehören.

** **Die Arbeiter der Bismarckhütte entlassen.** Durch einen Anschlag wurde der Belegschaft der (in Polnisch-Oberschlesien gelegenen) Bismarckhütte bekanntgegeben, daß infolge der letzten Ausschreitungen, besonders der Mißhandlungen des Direktors Kahlborn, und des dauernden Minderertrages die ganze Belegschaft fristlos entlassen und das Betreten der Betriebsanlagen gerichtlich geahndet wird.

** **General von Seeckt im Munsterlager.** Aus Hannover wird gemeldet, daß der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie v. Seeckt, zusammen mit den Waffeninspekteuren und dem Chef des Personalamtes im Reichswehrministerium General Heye vom 22. bis zum 24. September im Munsterlager bei Uelzen den dort unter Leitung des Divisionskommandeurs, Generalleutnants v. Loßberg, stattfindenden großen Uebungen der 6. Division beiwohnen werden. Die 6. Division liegt in den Provinzen Hannover und Westfalen.

** **Löbejün wieder zahlungsunfähig.** Die Stadt Löbejün bei Halle, die bereits einmal zahlungsunfähig war, weil die Kommunisten seinerzeit als Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium den Etat ablehnten, ist jetzt wieder zahlungsunfähig. Die Stadt ist seit mehreren Tagen ohne Straßenbeleuchtung, weil die elektrische Ueberlandzentrale, bei der die Gemeinde Schulden hat, erst Geld verlangt, ehe sie weiter Strom liefert.

** **Ein belgisches Artillerieregiment nach Duisburg.** Das 9. belgische Artillerieregiment, das bisher auf dem Truppenübungsplatz Elsenborn bei Aachen lag, wird, wie aus Duisburg gemeldet wird, schon in den nächsten Tagen von dort nach Duisburg verlegt werden, wodurch die Wohnungsnot in Duisburg, das in Friedenszeiten bekanntlich keine Garnison hatte, und nun durch die Sanktionen plötzlich starke französisch-belgische Garnison geworden ist, noch größer werden wird.

** **Tanzverbot in Lokalen für englische Soldaten.** Das Oberkommando der englischen Truppen im Brückenkopf Köln hat, nachdem es erst kürzlich für die englischen Unteroffiziere und Mannschaften aus Anlaß des Zwischenfalls in Oberkassel ein strenges Alkoholverbot in deutschen Wirtschaften erlassen hatte, nunmehr auch den Unteroffizieren und Mannschaften das Tanzen in deutschen Vergnügungsstätten auf das strengste verboten.

** **Die Heiratsabsichten des Kaisers** werden jetzt erneut von mehreren großen Blättern im In- und Auslande besprochen. Es heißt, daß die eingeweihten Kreise, die noch vor kurzem allen diesbezüglichen Meldungen widersprachen, jetzt die Heiratsabsichten Wilhelm II. offen zugeben. Der Kaiser soll die Absicht haben, sich mit der verwitweten Prinzessin Hermine Schönaich-Carolath zu verloben. Aus Kreisen der Mitglieder der früheren kaiserlichen Familie — man spricht auch von den Kindern des Kaisers — soll gegen die Verlobung protestiert worden sein, — allerdings bisher ohne Erfolg.

** **1700 Kronen für eine Straßenbahnfahrt.** In Wien ruft eine Nachricht der Stadtverwaltung große Bestürzung unter der Bevölkerung hervor. Der Preis für eine Fahrt auf der Straßenbahn, der gegenwärtig 1000 Kronen beträgt, soll von nächster Woche angefangen auf 1700 Kronen erhöht werden.

** **Die Hohkönigsburg als französisches Nationaldenkmal.** Bei dem nächsten Besuche Poincarés im Elsaß soll die Hohkönigsburg mit großer Feierlichkeit als Wahrzeichen der Befreiung Elsaß-Lothringens aus der deutschen Herrschaft zum französischen Nationaldenkmal erklärt werden.

** **Der Streik der französischen Seeleute.** Der Streik der französischen Seeleute ist nur zum Teil durchgeführt worden. Nach den Erklärungen des Generalsekretärs des Verbandes der Seeleute wird die Arbeit allgemein wieder aufgenommen. Es werde aber alsbald eine direkte Aktion gegen die Reeder unternommen werden. So würden Lohnerhöhungen gefordert werden, ferner werde verlangt werden, daß die Löhne in Pfunden ausgezahlt würden, die Kapitäne würden sich weigern, mit verminderter Mannschaft auszufahren und dergleichen mehr.

** **Riesenfeuer in New Orleans.** In New Orleans (Amerika) brach in den Hafenanlagen ein Feuer aus, durch das fünf Blocks von Werftgebäuden und Magazinen eingeäschert wurden. Der Schaden beläuft sich auf über 5 Millionen Dollar. Der deutsche Frachtdampfer „Else" der Firma Hugo Stinnes geriet in Brand, konnte aber in den Fluß hinausgebracht werden, ehe er ernsten Schaden erlitt.

** **Auch in Amerika wird gewuchert.** Henry Ford traf Maßnahmen zur Schließung der Automobilfabrik in Detroit. Ford erklärte, es bestehe kein Mangel an Kohlen, aber die Händler verlangten Wucherpreise. Die Zahl der dadurch brotlos werdenden Arbeiter wird auf 100 000 geschätzt.

** **Rekordernte Kanadas.** Die letzten Berichte aus Kanada, die sich auf Eindrücke der jetzt in vollem Gange befindlichen Erntearbeit stützen, bezeichnen die diesjährige Ernte als eine Rekordernte.

** **Erdbeben in Vigo.** Nach einer Havasmeldung aus Vigo wurde dort ein Erdbeben verspürt, das mehrere Sekunden dauerte und sich in weniger starker Form 15 Minuten später wiederholte. Die Erscheinung rief eine lebhafte Erregung hervor. Das Beben verursachte nur geringfügigen Sachschaden.

Kleine Nachrichten.

* In Berlin ist in fast vollendetem 84. Lebensjahr der frühere langjährige Berliner Eisenbahndirektionspräsident Wirkl. Geh. Rat v. Kranold gestorben.

* Die Polizeiverwaltung von Leobschütz (Oberschl.) hat den Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs an Ausländer unter Androhung schwerer Strafe verboten.

* Die Minensuche durch die deutsche Flotte ist beendet. Die letzte Halbflottille von deutschen Minenbooten ist nach Wilhelmshaven zurückgekehrt.

Gerichtssaal.

* **Leopold Harris freigesprochen.** Der Prozeß gegen den Kaufmann und früheren kommissarischen Polizeipräsidenten Leopold Harris in Frankfurt a. M., dem zwei Urkundenfälschungen mit versuchtem Betrug zur Last gelegt wurden, endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Sport und Verkehr.

* **Segelflug-Wettbewerb auf der Kurischen Nehrung.** Der große Segelflugwettbewerb, der in diesem Jahre in der Rhön den deutschen Fliegern aufsehenerregende Erfolge brachte, soll im nächsten Jahre auf der Kurischen Nehrung in der Gegend von Rossitten stattfinden. Da durch den bisherigen Wettbewerb in der Rhön das Problem des Segelflugs im Gebirge als gelöst betrachtet werden kann, kommt es nunmehr darauf an, für die Weiterforschung des Segelflug an der See die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Lokales.

Gedenktafel für den 19. September.

* 1802 * Der ungar. Freiheitskämpfer Ludwig Kossuth in Monok († 1894) — 1851 * Der Geolog und Mineralog Richard Lepsius in Berlin († 1915) — 1870 Paris wird von den deutschen Truppen eingeschlossen — 1886 † Der Maler Eduard v. Steinle in Frankfurt a. M. (* 1810) — 1914 Libertzbucht wird von den Engländern besetzt — 1915 Eröffnung des deutsch-österreichischen Angriffs auf Serbien.

Soziales.

† **Die oberschlesischen Bergarbeiter für Ueberschichten.** Eine in Hindenburg tagende Revierkonferenz der Bergarbeiter Deutsch-Oberschlesiens sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für ein Ueberschichtenabkommen in Oberschlesien, wie es Westfalen besteht, aus. Ein Ueberschichten-Abkommen im Umfange des westfälischen würde in Deutsch-Oberschlesien monatlich eine Mehrförderung von 170 000 Tonnen ergeben.

† **Die Angestelltengehälter im Kali-Bergbau.** Im Reichsarbeitsministerium finden zentrale Verhandlungen über die Angestelltengehälter im deutschen Kalibergbau statt. Die Angestellten haben für die September-Gehälter eine Erhöhung von 105 Proz. gefordert, während der Arbeitgeberverband bisher nur eine solche von 96 Proz. bewilligt hat.

Volkswirtschaft.

Deutschland bekommt keine Eier. Aus Warschau wird gemeldet: Für den Monat September wurde die Ausfuhr von 100, für Oktober von 80 und für November von 60 Waggons Eiern bewilligt. Die Blätter melden, daß die Eier hauptsächlich in die Tschechoslowakei und nach England ausgeführt werden sollen, da wegen des Sturzes der deutschen Mark die Eierausfuhr nach Deutschland vollkommen unmöglich sei.

Berlin, 18. September. (Börse.) Das Geschäft in Devisen und Dollar, der zwischen 1475 bis 1487 bis 1480 schwankte, ist still. Lustlosigkeit liegt auch über den Effektenmärkten, aber der Grundton ist fest. Die Kursgestaltung war nicht ganz einheitlich.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	18. 9.	16. 9.	1914
100 holländische Gulden	57426	57128	167,— M.
100 belgische Franken	10661	10661	80,— „
100 dänische Kronen	31061	31360	112,— „
100 schwedische Kronen	39051	39051	112,— „
100 italienische Lire	6217	6317	80,— „
1 englisches Pfund	6591	6546	20,— „
1 Dollar	1490	1485	4,20 „
100 französische Franken	11260	11285	80,— „
100 schweizerische Franken	27865	27865	80,— „
100 tschechische Kronen	4893	4744	—,— „

Berlin, 18. September. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kg. ab Stationen: Weizen Märkischer 2900—2950, Pommerscher 2900, Schlesischer 2950, Roggen Märkischer 2425—2450, Pommerscher 2400—2425, Sommergerste 2800—2900, Wintergerste 2500, Hafer Märkischer 2700—2800, Mais ab Hamburg 2800, Weizenmehl (100 Kg.) 8100—8700, Roggenmehl (100 Kg.) 6100—6700, Weizenkleie 1600—1650, Roggenkleie 1650—1700, Raps 3700 bis 3900, Viktoriaerbsen 4900—5200, Kl. Speiseerbsen 3800 bis 4000, Futtererbsen 2600—2900, Peluschken 2500 bis 2600, Ackerbohnen 2000—2600, Wicken 3000—3500, Lupinen, blaue 1600—1800, gelbe 1800—2000, Rapskuchen 1700—1800, Trockenschnitzel 1700—1750, Torfmelasse 1150 bis 1200. — Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kg. ab Station. Drahtgepr. Roggen-, Weizen- und Haferstroh 710—730, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 640—680, Roggenlangstroh 710—730, geb. Krummstroh 590 bis 630, Häcksel 770—810, handelsübliches Heu 510—580, gutes Heu 580—630 M.

Vereine und Versammlungen.

□ **Industrie und Wissenschaft.** Die große Jahrhundertausstellung „Industrie und Wissenschaft" auf dem städtischen Ausstellungsgelände am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig wurde durch den Geheimen Medizinalrat Dr. Sudhoff eröffnet. Die Ausstellung, die aus Anlaß der Jahrhunderttagung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte veranstaltet worden ist, führt den ganzen modernen Forschungs-, Unterrichts- und Betriebsbedarf der Naturwissenschaft und der Medizin vor Augen.

□ **Tagung der Reichsbahnbeamtinnen.** Der in Berlin stattgefundene Verbandstag der Reichsbahnbeamtinnen, der von Vertreterinnen aus allen Teilen Deutschlands besucht war, beschloß den endgültigen Anschluß des Verbandes an die nach dem Eisenbahnerstreik gegründete Gewerkschaft Deutscher Reichsbeamten und damit an den Deutschen Beamtenbund, dessen Programm volle Billigung fand. In einer Entschließung wurden die Bestrebungen, die Beamtenschaft nach Weltanschauungen zu organisieren und sie von dem parteipolitisch neutralen Zentralorgan abzubringen, einstimmig verurteilt.

Die neue belgische Aristokratie.

Schöffen und Ständesbeamte.

Unsere Gegner im Weltkriege, in erster Linie die Franzosen, in der zweiten deren getreue Trabanten, die Belgier, werden nicht müde, noch immer und immer wieder zu behaupten, Deutschland habe den Krieg gewollt, um den ganzen Erdball seiner Herrschaft zu unterwerfen, und die treibende Kraft dieses wahnwitzigen Unterfangens seien die deutschen Ritter und Junker gewesen. Daher habe Deutschland entmilitarisiert und das Banner der Freiheit und Gleichheit errichtet werden müssen. Daß in Wahrheit Frankreich sich seit dem Frieden — namentlich im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl — in den stärksten Militärstaat, den es auf der weiten Erdenrunde gibt, verwandelt hat, beweist, welcher Hohn auf die Wahrheit in solcher Behauptung liegt. Daneben wirkt es fast

komisch, davon Kenntnis zu nehmen, daß Belgien, das demokratische kleine Belgien, sich in aller Stille eine neue Aristokratie geschaffen hat, die man mit dem alten Rittertum deshalb vergleichen könnte, weil sie gebildet wird aus den Männern, die im Kriege, sei es mit der Waffe in der Hand, sei es durch andere Mittel, den Gegner bekämpften.

Es ist ein Belgier, der unter dem angenommenen Namen „Jean de Brabant" in einem Pariser Blatt über diese neue belgische Aristokratie allerhand Interessantes ausplaudert. Da der Rang eines Feldmarschalls, so erzählt er, in der belgischen Armee nicht existiert, ist der General Jacques, „einer der schönsten Helden von der Yser", zum Baron ernannt worden, — „und der Stand der Barone hat dadurch einen außergewöhnlichen Glanz gewonnen". Der Bürgermeister von Brüssel, Max, hätte Herzog oder Graf werden können: nur seine Bescheidenheit hat ihn daran gehindert. Dafür ist der Schöffe Lemonnier, der ihn vorübergehend während seiner Deportation nach Deutschland vertrat und schließlich selbst deportiert wurde, ein „Baron Lemonnier" geworden.

Zu derselben Würde ist der Schöffe Louis Steens befördert worden, der fast das gleiche Schicksal erlitten hätte. Seine Heldentat, die nun in einem Barons-Diplom ihren Lohn gefunden hat, bestand darin, daß er den deutschen Behörden Fahnenstangen zum Flaggen am Geburtstag des Kaisers liefern sollte und dem Befehl zwar entsprach, jedoch die Stangen in zerkleinertem, unbrauchbarem Zustande aushändigte. Aber der neue „Baron Louis Steens" hat sich auch sonst mancherlei Verdienste erworben, die wohl der Anerkennung wert waren: er ist einer der ältesten Standesbeamten Belgiens und hat in dieser Eigenschaft mehr als 33 000 Eheschließungen vollzogen, oder, um mit Herrn Jean de Brabant zu sprechen: „mehr als 33 000 neuvermählten jungen Ehepaaren jenes vorsorgliche Ehebüchlein überreicht, dessen einziges Blatt mit zwölf Ziffern geschmückt ist und auf diese Weise Raum für zwölf Vaterschafts- und Mutterschaftserklärungen enthält". Nicht viel geringer ist die Zahl der Sühnetermine, die der neue „Baron Louis Steens" mit scheidungslustigen Ehegatten abgehalten hat.

Herr Jean de Brabant gibt zu, daß man sich — „vorläufig noch" — in Belgien einigermaßen lustig macht über diesen aus dem Boden gestampften Adel. Aber er propheizeit — und das Prophezeien ist immer eine gewagte Sache —, daß der alte belgische Adel — die Nachkommen des Waffengefährten Gottfried von Bouillons und Balduins von Flandern — bald ob dieses Zuwachses nicht mehr erröten, sondern stolz auf ihn sein wird. Er versichert, die herzöglichen, fürstlichen und gräflichen Familien der Croy, Ligne, Merode, Chimay, Ursel, Oultremont würden der neuen Aristokratie, trotz ihres teilweise sehr bescheidenen Ursprungs, die Arme weit öffnen, und er versteigt sich zu dem hübschen Schlußsatze: „Wenn diese neuen Edelleute auch noch keine Ahnen haben, so ist doch jeder einzelne von ihnen selbst ein Ahn!"

Wie gesagt: der Weltkrieg, der Europa in ein Meer von Blut und Elend stürzte, war eine Notwendigkeit, um für alle Zeiten dem Adel und Junkertum den Garaus zu machen! Dr. A. v. Wilke.

Schlußdienst.

Havenstein aus London zurück

— **Berlin**, 18. September. Reichsbankpräsident Havenstein ist heute vormittag aus London zurückgekehrt und hat dem Reichskanzler alsbald über den Verlauf seiner Londoner Besprechungen Bericht erstattet. Einzelheiten über das Ergebnis der Mission Havensteins sind noch nicht bekannt. Aus seiner schnellen Rückkehr glaubt man in unterrichteten Kreisen schließen zu können, daß seine Reise kein unbefriedigendes Ergebnis gehabt hat. Nach Abschluß der Beratungen des Reichskabinetts wird sogleich die Beantwortung der belgischen Note erfolgen.

Italien gegen das Dardanellen-Abenteuer.

— **Rom**, 18. Septbr. Die italienische Regierung läßt offiziös verkünden, daß die Uebereinstimmung der Alliierten in der Frage Konstantinopels sich natürlich nicht auf ein gemeinsames militärisches Vorgehen erstrecken könne. Es heißt in der offiziösen Erklärung des italienischen Ministeriums des Aeußeren, es wäre absurd, die Opferung italienischer Truppen für eine Sache zu fordern, deren Ziel ebenso der öffentlichen Meinung wie den politischen Direktiven widerspreche.

Die Haltung der englischen Dominions.

— **London**, 18. Septbr. Die Aufforderung der englischen Regierung an die Regierungen der Dominions, Truppen nach den Dardanellen zur Verteidigung, wie es in der Note an Australien heißt, jener heiligen Orte, auf denen sich 20 000 englische und australische Gräber befinden, zu entsenden, ist bisher nur von der australischen und der neuseeländischen Regierung bejahend beantwortet worden, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Eintreffen der ersten Kontingente kaum vor zwei bis drei Monaten zu erwarten war. Sehr kühl und geradezu ablehnend ist bereits gegen die Aufnahme der englischen Einladung in Kanada und Südafrika. Zugleich erheben sich bereits drohende Stimmen aus Indien und Aegypten.

Eine Orientnote Sowjetrußlands an England.

— **London**, 18. Septb. Der russische Volkskommissar Karachan hat an die englische Regierung eine Note gerichtet, in der erklärt wird, daß die Sowjetregierung sich an das Abkommen mit der Angoraregierung gebunden halte, das 1921 in Moskau abgeschlossen worden ist. Rußland, die Türkei, die Ukraine und Georgien, die fast das ganze Ufer des Schwarzen Meeres besitzen, könnten niemand das Recht zuerkennen, sich in die Lösung der Meerengenfrage einzumischen und würden diesen Standpunkt selbst gegenüber einer durch militärische oder maritime Ueberlegenheit unterstützten Opposition aufrechterhalten.

Russische Rüstungen am Schwarzen Meere.

— **London**, 18. Septbr. Nach einer „Times"-Meldung aus Riga soll auf einer außerordentlichen Konferenz des revolutionären Militärrats unter dem Vorsitz Trotzkis beschlossen worden sein, unverzüglich alle Streitkräfte der kaukasischen Republiken und die Sowjetflotte im Schwarzen Meer Mustapha Kemal für den Vormarsch auf Konstantinopel zur Verfügung zu stellen.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot.

— **Berlin**, 18. Septbr. Der Volkswohlfahrtsminister hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums für den Umfang des preußischen Staates angeordnet, daß von der Veröffentlichung dieser Anordnung ab die Umwandlung von Wohnräumen in gewerbliche Geschäfts- oder Büroräume der Genehmigung der Gemeindebehörde und der Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde bedarf. Genehmigung und Zustimmung dürfen nur dann erteilt werden, wenn der Gemeinde entsprechende gleichwertige Wohnräume oder entsprechende Geldbeträge zur Herstellung neuer Wohnräume überwiesen werden.

Explodierende Blindgänger.

— **Torgau**, 18. Septbr. Schulknaben, die auf dem Exerzierplatz Blindgänger ausgegraben hatten, boten diese in der Alteisenhandlung von Naumann zum Kauf an. Dabei erfolgte eine Explosion, durch die Frau Naumann sofort getötet wurde. Ein Gehilfe und ein Schulknabe wurden schwer verletzt, die Tochter Naumanns und drei weitere Schulknaben leichter verletzt.

Zwei Geigen

preiswert zu verkaufen.

Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Gelegenheitskauf.

Rucksäcke, Markttaschen, Aktentaschen, Geldscheintaschen Gummibälle

Richard Mohr.

? Welches sind die besten **Liköre?**

die allbekannten

Rückforth-Liköre

sind die besten.

Zu haben bei

Karl Bender.

Empfehle noch:

Nordhäuser, Rum, Cognac

Steinhäger, Sekt

L. Pfeiffer

Bankgeschäft,

Agentur Spangenberg

Vertreten durch Herrn Apotheker **M. Woelm.**

Postscheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M

Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte.

Scheckrechnungen

Zinssatz 3%

Depositen- (Spar-)Rechnungen

Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Stempel

liefert schnell und preiswert

Buchdruckerei.

Geschlechtsleiden!

Harnröhrenleiden, Syphilis, Mannesschwäche, Weißfluß usw. kein Quecksilber, keine Einspritzung, **keine Berufsstörung.** Aufklärende Broschüre mit tausenden freiwilligen Dankschreiben kostenlos u. verschloss. Kuvert gegen **6 Mark** auch in Marken für Doppel-Briefporto.

Dr. med. H. Seemann G. m. b. H.
Sommerfeld 262 Bez. Frankfurt a. O.

Spezialärztliche Leitung.

Persönliche Untersuchung, Beratung u. Behandlung nur i. d. Sprechst. d. Dr. Damannschen Heilanstalten: Berlin, Potsdamerstr. 123 B., 9—12, 4—7, Sonnt. 10—12. **Breslau,** Gräbschenerstr 41. 9—11, 3—6. Sonnt. 10—12 (Mittwoch keine Sprechstunde.) **München,** Theresienstr. 5. 10—1, 4—6. Sonnt. 10—12

Die

Buchdruckerei

Hugo Munzer • Spangenberg

empfiehlt sich zur Anfertigung aller Arten von

Drucksachen

als: Formulare aller Art, Rechnungen, Briefbogen und Briefumschläge, Postkarten, Mitteilungen, Quittungen, Zirkulare, Preislisten, Aviskarten, Programme, Mitgliedskarten, Statuten, Diplome, Plakate, Einladungskarten, Verlobungs- und Vermählungskarten, Visitenkarten usw.

Geschmackvolle Ausstattung .·. .·. Schnellste Lieferung

Verkaufe

am **Mittwoch den 20. d. Mts. abends 1/2 6 Uhr** im Sichenhaus etwa

3 Meter zerkleinertes Holz.

Der Vormund,
C. Lösch, Stift.

Ia. Benzin

für Autos, Motoren etc.

Richard Mohr.

Hebung des Obst- und Gartenbaues

Den Gartenbesitzern wird empfohlen, dem Obst- und Gartenbauverein für Spangenberg und Umgegend (Vorsitzender: Herr Hegemeister Ritter), beizutreten. Die Vereinsmitglieder erhalten allmonatlich ein Heft „Obstbauliche Nachrichten", das vom Obstbauverein für den Reg.-Bez. Cassel zu Oberzwehren herausgegeben wird und allerlei Wissenswertes enthält. Die geringe Ausgabe verlohnt sich.

Spangenberg, den 11. September 1922.

Der Bürgermeister,
Schier.

Briefmarken-sammlungen

sowie bessere Einzelmarken, speziell a. Brief kaufe zu Valutapreisen

Int. Briefmarken-Börse
Paul Sievert Nachf.
Cassel, Ständeplatz.